Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 4

Artikel: Südostasien zwischen Peking und Djakarta
Autor: Kroef, Justus M. van der
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161875

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Worte wagte Röpke eine Woche nach der Machtergreifung durch Hitler anläßlich einer Rede in Frankfurt. Bald darauf wurde er von den Nationalsozialisten seines Lehrstuhles beraubt und hat noch im gleichen Jahr Deutschland verlassen.

Im folgenden finden sich, um nur die wichtigsten zu nennen, die bekannten Aufsätze über die «zurückgestaute Inflation» — der «neuen Wirtschaftskrankheit», wie sie Röpke nennt —, über Deutschland, über die «Standortbestimmung der Marktwirtschaft» bis zur Rede auf der 24. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft vom 10. Mai 1965 über die «Gefährdung der freien Welt» mit der düsteren Schlußfolgerung und Warnung, daß uns nichts anderes übrig bleibt, «als von zwei Dingen eines zu tun: entweder unterzugehen, wie bisher die meisten Zivilisationen untergegangen sind, nämlich durch Selbstmord, durch Selbstmord aus Verbindung von Dummheit, Lüge und Feigheit; oder, wenn wir das nicht wollen, tapfer, ehrlich und klug zu sein» (S. 271).

Ergriffen legt man diesen Band aus der Hand. Die unbedingte, ehrliche Geradheit des Verfassers und seines Lebenswerkes ist der Grund seiner Wirkung. In schönster Weise kommt gerade in dieser Auslese Röpkes geistige Unabhängigkeit zum Ausdruck, seine vielseitige Belesenheit, die leidenschaftliche Hingabe an seine Aufgabe, seine starke argumentative Überzeugungskraft und seine Autorität.

[1]Herausgegeben und eingeleitet von Hans Otto Wesemann, Verlag Seewald, Stuttgart 1965.

Südostasien zwischen Peking und Djakarta

JUSTUS M. VAN DER KROEF

Tunku Abdul Rahman, der Premierminister von Malaysia, machte in einer offiziellen Erklärung über die unverminderte «Konfrontation» Indonesiens gegen sein Land zu Beginn des Jahres 1964 die Bemerkung, Präsident Sukarno sei nicht in der Lage, den indonesisch-malaysischen Konflikt beizulegen. «Er verfügt nicht über genügend Macht, das Schicksal seines Landes zu bestimmen», sagte der Tunku, «sondern wird von der allmächtigen Kommunistischen Partei Indonesiens kontrolliert, die ihre Befehle direkt aus China

erhält.» Der Tunku wiederholte bei dieser Gelegenheit auch, was er bereits früher gegenüber einem japanischen Journalisten geäußert hatte, der ihn über die Aussichten Malaysias befragte, mit Indonesien Frieden zu schließen. «Ich sagte ihm, die eigentliche Bedrohung des Friedens sei bei der Regierung Rotchinas zu suchen[1].»

Die malaysischen Führer betrachten die indonesische «Konfrontation» von jeher als «durch politischen Druck seitens Rotchinas verursacht», wie der Stellvertretende Premierminister von Malaysia, Tun Abdul Razak, sich vor ungefähr zwei Jahren ausdrückte. Inzwischen ist der offizielle malaysische Verdacht, daß Peking sich noch weiter in ihre innenpolitischen Angelegenheiten einzumischen trachte, durch die Feststellung des Tunku erhärtet worden, daß Rotchina 140 Mio. Dollar in malaysischer Währung in den Banken von Hongkong bereithält, um die subversive Tätigkeit in Malaysia zu finanzieren[2].

Nun, da die Macht der nach Peking orientierten Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) nach dem mißglückten Putsch vom 30. September 1965 in Djakarta gebrochen und als Folge davon auch der Einfluß Pekings auf die indonesische Außenpolitik merklich geringer geworden ist, mag der Verdacht, Indonesien werde in bezug auf die antimalaysische «Konfrontation» von Rotchina dirigiert, weniger begründet erscheinen als vorher. Immerhin betonten Führer der indonesischen Armee und andere hohe Beamte, einschließlich Sukarno, unmittelbar nach den Ereignissen vom 30. September immer wieder, Indonesiens Kampf gegen Malaysia werde im Zeichen des grossen Feldzuges gegen den «Imperialismus» und «Neo-Kolonialismus» mit aller Macht weitergeführt. Wie kühl die Beziehungen zwischen Indonesien und dem kommunistischen China im Vergleich zur früheren Freundschaft heute auch sein mögen, die Länder in Südostasien, vor allem Thailand, Malaysia und die Philippinen, bekommen jedenfalls den Druck Djakartas und Pekings auch weiterhin zu spüren[3].

Das Beispiel Thailands

Angesichts der von Rotchina inspirierten Volkserhebung in den nordöstlichen Provinzen und einer ähnlichen, aber von Indonesien unterstützten Revolte an seiner südlichen Grenze, darf Thailand als gutes Beispiel für den gegenwärtigen chinesisch-indonesischen Druck in Südostasien betrachtet werden. Schon lange bevor die offizielle «New China News Agency» in Peking am 5. Februar 1965 durch die von Peking unterstützte «Thailand Patriotic Front» einen Aufruf an «alle vaterländisch denkenden Bürger» erließ, sich zu vereinigen, den amerikanischen Imperialismus zu bekämpfen, die Unabhängigkeit, Demokratie, Neutralität, die Wohlfahrt und den Frieden Thailands zu sichern, hatte

Rotchina samt dem Pathet Lao und den Verbündeten des Vietminh sich in den bis vor kurzem vernachlässigsten nordöstlichen Provinzen von Thailand und vor allem in der Provinz von Nakhon Phanom starke Stützpunkte geschaffen. Da ist eine von Rotchina geförderte «Nationale Befreiungsbewegung» am Werk, die von örtlichen Thai-Banditen, Agenten des Pathet Lao, welche über den Mekong von Laos herüberkommen, und von Vietminh-Aktivisten unterstützt wird. Ihre Aufgabe besteht darin, die rund 20000 Angehörigen der vietnamischen Minderheit im nordöstlichen Thailand unter der Kontrolle Hanois zu halten. In China geschulte Kader, die als Hausierer und fahrende Musikanten im Lande herumreisen, sind seit Mitte 1963 damit beschäftigt, Waffenlager einzurichten, Kurse in «Nationaler Befreiungstechnik», das heißt Guerilla-Taktik, zu leiten und politische Morde zu organisieren, deren Opfer Dorfälteste, Polizeibeamte und andere staatliche Funktionäre sind. Die Taktik ist ungefähr dieselbe wie diejenige der Vietcongs in Südvietnam, wenn auch vorläufig alles sich noch in bescheidenerem Rahmen abspielt. Ein australischer Reporter, der über gute Informationsquellen verfügt, bemerkte dazu: «In Nakhon Phanom und ohne Zweifel auch anderswo sind Kader des Vietminh regelmäßig zu Gast. Sie führen für Erwachsene und Kinder Kurse in kommunistischer Ideologie und auch in revolutionärer Kriegstaktik durch[4].»

Peking hat im vergangenen Jahr seine Unterstützung der kommunistischen Rebellion in Thailand systematisch verstärkt. China ist für die Mitglieder der seit 1958 verbotenen Kommunistischen Partei in Thailand zum hauptsächlichsten Zufluchtsort aufgerückt. Am 1. Oktober 1964, dem offiziellen fünfzehnten Jahrestag der Volksrepublik China, strahlte die «New China News Agency» in Peking eine Glückwunschadresse der Kommunistischen Partei in Thailand an die Volksrepublik China aus, in der nicht nur von den «großartigen Leistungen des chinesischen Volkes» die Rede war, sondern die auch eine scharfe Kritik der «Revisionisten, die an der Revolution Verrat üben», enthielt, womit ganz offensichtlich die Sowjetunion gemeint war. Am 8. Dezember 1964 verkündete eine geheime Radiostation, die sich «Stimme des thailändischen Volkes» nennt, ihren Sitz vermutlich in der Provinz Yünnan in China oder irgendwo in Nordvietnam hat und seit 1962 in unregelmäßigen Zeitabständen Sendungen ausstrahlt, die Gründung eines neuen «Thailand Independence Movement», verbunden mit dem Appell, «den amerikanischen Imperialismus aus Thailand zu vertreiben». Am 13. Dezember 1964 verbreiteten sowohl die «New China News Agency» als auch Radio Hanoi ein Manifest des «Thailand Independence Movement», in dem der Sturz der thailändischen Regierung gefordert wurde.

Es entspricht ganz offensichtlich der gegenwärtigen kommunistischen Strategie, eine wachsende Unzufriedenheit des thailändischen Volkes mit der Regierung in Bangkok vorzutäuschen, denn am 1. Januar 1965 gab die «Voice of the People of Thailand» die Gründung einer weiteren Organisation im

Kampf um die nationale Freiheit kund, nämlich der «Thailand Patriotic Front», die als Vereinigung des «patriotischen thailändischen Volkes, ungeachtet des Geschlechts, des Alters, des Berufs, der politischen Einstellung und der Religion» bezeichnet wurde mit dem Ziel, den Kampf aufzunehmen «gegen den gemeinsamen Feind, den amerikanischen Imperialismus und die Clique der Regierung Kittikachorn». Die neue «Front», deren Beziehungen zum «Thailand Independence Movement» bis jetzt nicht eindeutig geklärt sind, hat ein Sechs-Punkte-Programm aufgestellt, von dem infolge des begrenzten Empfangsbereichs des Senders «The Voice of the People of Thailand» die übrige Welt nur durch Radio und Presse von Peking und Hanoi Kenntnis erhalten hat. Es lautet wie folgt:

Kampf um die nationale Unabhängigkeit. Annullierung aller einseitigen Verträge zwischen Thailand und den Vereinigten Staaten von Amerika und Ausweisung aller imperialistischen Truppen und aggressiven Mächte aus Thailand.

Kampf um die demokratischen Rechte des Volkes, Sturz der faschistischen, diktatorischen Regierung, die im Dienste des amerikanischen Imperialismus steht, Einsetzung einer aus Patrioten und Demokraten zusammengesetzten Regierung, Schutz der Freiheit und der demokratischen Rechte des Volkes.

Befolgung einer Politik des Friedens und der Neutralität, Austritt aus der SEATO, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der benachbarten Staaten, Freundschaft mit dem arbeitenden Volk aller Länder und Unterstützung seines Kampfes um die nationale Unabhängigkeit und den sozialen Fortschritt, Widerstand gegen die Kriegshetze des amerikanischen Imperialismus und Streben nach dem Weltfrieden.

Aufbau einer nationalen Wirtschaft, Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, Hilfe an die arme Bauernbevölkerung, Unterstützung und Schutz der Industrie und des Handels im eigenen Lande, Einschränkung des Fremdkapitals, das in Thailand reiche Profite zu erzielen sucht, Schaffung einer unabhängigen und auf sich selbst gestellten staatlichen Wirtschaft.

Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung, Ausmerzung und strenge Bestrafung der Verräter und Bureaukraten, die das Volk unterdrücken, Verteilung von so viel Land an die Bauern, daß ihre Existenz gesichert ist, Erhöhung der Grundlöhne der Arbeiter, der jüngeren Beamten und Intellektuellen, der Dienstleistungsbetriebe, der Lehrer, Soldaten und Polizisten.

Förderung der Schulbildung und des Gesundheitsdienstes, Eliminierung der korrupten Kultur der Imperialisten und Förderung der wertvollen eigenen nationalen Kultur, Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten, der Volkshygiene und des Gesundheitswesens im ganzen Land[5].

Vorbereitung der Subversion

Am 1. Januar 1965 verschickte eine weitere Organisation, die sich «Thai Coalition Front» nennt, Flugblätter an alle Zeitungsredaktionen in Bangkok, worin die Regierung Kittikachorn angeklagt und ihr Sturz verlangt wurde. Damals waren auch schon «Verbindungsoffiziere» der «Thailand Patriotic Front» in Peking und Kanton damit beschäftigt, thailändische Sprachkurse

für «Freiwillige» zu organisieren. Angesichts dieser Tatsachen ist es keineswegs erstaunlich zu lesen, daß «wohlinformierte chinesische Kreise in Bangkok» berichten, daß Peking seit einiger Zeit «thailändische Agenten chinesischer Abstammung» nach Thailand entsendet mit dem Auftrag, einen Umsturz vorzubereiten, und sich unter ihnen auch «Studenten befinden, die schon im Jahre 1958 nach China gingen[6]». Pekings Druck auf gewisse wohlhabende und angesehene Mitglieder der chinesischen Minderheit in Thailand hat der «Thailand Patriotic Front» substantielle Zuwendungen eingetragen, und Beauftragte der chinesischen Regierung haben kürzlich in Hongkong für rund eine Million Dollar thailändische Devisen gekauft.

Dieser Umstand und auch andere Symptome haben den thailändischen Premierminister Kittikachorn veranlaßt, während seines Besuches in Saigon am 25. Februar 1965 zu erklären, er mache sich darauf gefaßt, daß China noch in diesem Jahr einen Guerillakrieg in Thailand auszulösen versuche. Ebenso bemerkenswert war angesichts der Bemühungen der Regierung in Peking, unter den Buddhisten in Südostasien Anhänger zu gewinnen, auch der direkte Aufruf der «Voice of the People of Thailand» an die 200000 buddhistischen Führer, in dem die Regierung Kittikachorn beschuldigt wurde, die Religion mit Füssen zu treten, und die buddhistischen Priester aufgerufen wurden, den Kampf gegen Kittikachorn zu einem siegreichen Ende zu führen[7]. So nebenher mag auch festgestellt werden, daß dieser kommunistische Appell an die Buddhisten in Thailand rückblickend einiges Licht mehr auf die politischen Intrigen im buddhistischen Feldzug wirft, der mit dem Sturz der Regierung Ngo Dinh Diems in Südvietnam im Jahre 1963 endete, sowie auch auf die Auswertung der religiösen Gefühle in Südostasien durch die Kommunisten im allgemeinen.

Thailand sucht die kommunistische Bedrohung in den nordöstlichen Provinzen mit Hilfe eines wirtschaftlichen Entwicklungsprogramms und vorbeugender Maßnahmen gegen einen möglichen Aufstand zu bekämpfen, während an seiner südlichen Grenze mit Malaysia womöglich noch ernstere Schwierigkeiten seiner warten. Am 13. März 1965 veröffentlichten die militärischen Führer Thailands und Malaysias ein neues Abkommen über die Verteidigung ihrer Grenzen und die Errichtung einer gemeinsamen Militärbasis in Songkhla in Thailand mit dem Zweck, den Kampf gegen die «kommunistischen Terroristen» an «unsern gemeinsamen Grenzen» zu intensivieren. Der Hinweis bezieht sich auf eine Bande chinesischer Kommunisten, deren Stärke auf 500 bis 1000 Köpfe — Frauen und Kinder eingerechnet — geschätzt wird. Unter ihnen sind viele Veteranen der sogenannten «Emergency», das heißt der kommunistischen Rebellion in Malaia in den Jahren 1948 bis 1960, die nach ihrer Niederlage unter ihrem Führer Chin Peng, dem Generalsekretär der verbotenen Kommunistischen Partei, im gebirgigen Dschungel des Grenzgebiets zwischen Thailand und der malaiischen Halbinsel untertauchten.

In dieser unwegsamen, 375 Meilen langen Grenzregion haben die Kommunisten die Macht an sich gerissen und ziehen von den chinesischen Taglöhnern der Gummiplantagen regelrechte Steuern ein, ja sie erpressen sogar von den Plantagenbesitzern unter der Bezeichnung «Schutzgebühr» Tribute in der Höhe von 30 Baht (1 Dollar 50 Cents) pro bepflanztem Morgen Land. (Wie ein Offizier, der an der thailändischen Grenze Patrouillendienst tut, kürzlich berichtete, trug ein getöteter kommunistischer Terrorist ein Kontobuch auf sich, das Einnahmen von 3 Mio. Baht in einem einzigen Jahr aufwies.) Die kommunistischen Banden, die ganz unauffällig inmitten der eingeschüchterten einheimischen Bevölkerung leben, scheinen sich, wenigstens bis vor kurzem, sicher genug gefühlt zu haben, um feste Stützpunkte einzurichten. Ein solcher Stützpunkt wurde im vergangenen Dezember im Dschungel nahe bei Songkhla entdeckt. Er bot 250 Personen Unterkunft und enthielt Schulräume, Küchen und sogar einen Spielplatz für Korbball[8].

Die Rolle Indonesiens

Bereits im Dezember 1963 gab die malaysische Regierung, die damals schon damit beschäftigt war, indonesische Guerillakämpfer von ihrem Hoheitsgebiet fernzuhalten, ihrem Verdacht öffentlich Ausdruck, daß eine direkte Beziehung zwischen den Infiltratoren und den chinesischen Kommunisten an der thailändisch-malaiischen Grenze bestehen könnte. Im Mai 1964 berichteten die Zeitungen in Bangkok, die Kommunistische Partei in Indonesien gewähre der kommunistischen Bande, die im Grenzgebiet operiere, tatkräftige Unterstützung[9]. Trotz des anfänglichen Dementis der thailändischen Regierung, von einer solchen indonesischen Hilfe Kenntnis zu haben, gewann angesichts der Tatsache, daß Indonesien und insbesondere die indonesische Kommunistische Partei allen malaysischen Organisationen und vor allem den kommunistischen Stoßtrupps hilfreich zur Seite steht, die die malaysische Föderation bekämpfen, die Überzeugung immer mehr die Oberhand, daß Indonesien und die Kommunisten des Grenzgebiets eng zusammenarbeiten.

Mitte März 1965 gab der malaysische Innenminister Dato Ismail bin Dato Abdul Rahman die kategorische Erklärung ab, daß die Kommunisten, welche das thailändisch-malaysische Grenzgebiet unsicher machen, sich mit indonesischen Infiltratoren zusammengetan hätten[10]. Inzwischen hat sich das kommunistische Grenzproblem um ein gefährliches religiöses Element noch weiter verschärft. In Nordmalaia und in den benachbarten malaiisch sprechenden Provinzen in Thailand (Patani, Yala, Bangnara und Setul) unterstützt die orthodoxe islamische Bevölkerung, die einen «weltlichen», das heißt nichtislamischen malaysischen Staat ablehnt oder über die vermeintliche Vernach-

lässigung der malaiischen Minderheit durch die thailändische Regierung verärgert ist, die kommunistischen Bemühungen, überall Unzufriedenheit und Unruhe zu stiften.

Schon im November 1963 erklärte Dato Ismail, daß die malaiischen Kommunisten damit begonnen hätten, die Malaien aus Südthailand unter ihren Einfluß zu bringen, und daß «dies als ein Erfolg für die Kommunisten betrachtet werden müsse, weil bisher fast nur Chinesen kommunistisch waren[11]». Am 20. März 1965 hob Premierminister Tunku Abdul Rahman erneut hervor, daß kommunistische Gruppen versuchten, die Religion als Mittel zur Entzweiung von Malaysia und Thailand zu benützen: «Die Kommunisten in Südthailand schüren religiöse Zwistigkeiten in der Hoffnung, daß diese Malaysia und Thailand in einen größeren Konflikt verwickeln könnten.» Die nationalistische Ideologie Indonesiens, welche auf der großartigen Vergangenheit der indonesischen Reiche basiert und die Vereinigung aller Malaien in einem einzigen Staat erstrebt, übt auf die dissidenten islamischen Elemente in Malaysia eine große Anziehungskraft aus, was die Situation an der thailändisch-malaysischen Grenze noch verschärft.

Gegenmaßnahme

Obgleich schon 1959 eine grundsätzliche Einigung über einen gemeinsamen thailändisch-malaiischen Patrouillendienst der Grenzpolizei erzielt wurde, ging es mit der Verwirklichung des Planes nur schleppend vorwärts, nicht zuletzt weil Thailand die Bedrohung seiner südlichen Grenze nicht ernst genug nahm und weil Bangkok weder Peking noch Djakarta unnötig herauszufordern wünschte. Das ganze Jahr 1964 hindurch, als Indonesiens Politik der «Konfrontation» gegen Malaysia immer mehr intensiviert wurde, verkündete die malaysische Regierung periodisch, daß energische Maßnahmen gegen die Kommunisten im Grenzgebiet vorgesehen seien und thailändisch-malaysische «Grenzkomitees» zur Überwachung der Grenze organisiert würden. Im Januar 1965 nahm jedoch die malaysische Regierung, des langen Wartens offensichtlich müde, den Kampf gegen die Kommunisten allein auf, indem sie im Grenzgebiet Tausende von Flugblättern verteilte, die eine detaillierte Tabelle der Prämien enthielt: 20000 malaysische Dollar für die Gefangennahme eines kommunistischen Terroristen vom Rang eines Mitglieds des Distriktkomitees der kommunistischen Untergrundbewegung bis hinunter zu 2000 malaysischen Dollar für einen gewöhnlichen Terroristen; 1000 malaysische Dollar für die Ablieferung eines feindlichen Maschinengewehrs; bis zu 50 Cents für jede scharfe Patrone.

Die neue malaysische Initiative, die intensivierten Operationen der «Thailand Patriotic Front», die Nachricht, daß der kommunistische Führer der

Grenzregion und starke Mann der malaiischen Kommunistischen Partei, Chin Peng, direkte Beziehungen zu den Kommunisten in Südvietnam unterhält, sowie die Tatsache, daß die kommunistischen Aktionen in den nichtkommunistischen Ländern Südostasiens besser koordiniert zu sein scheinen als früher, haben in Thailand energischere Maßnahmen bewirkt. In den ersten Monaten des Jahres 1965 wurde die Vereinbarung über den kombinierten Patrouillendienst der thailändisch-malaysischen Grenzpolizei in die Tat umgesetzt, ebenso wurde damit begonnen, die Grenze zwischen Thailand und Malaysia genauer zu bestimmen, und am 13. März 1965 wurde schließlich auch der bereits erwähnte Verteidigungspakt über die gemeinsame Grenze unterzeichnet.

Kommunistisches Vorbild: Südvietnam

Am 14. März 1965 erklärte der stellvertretende Verteidigungsminister und Vorsitzende des nationalen Sicherheitsdienstes, Air Chief Marshal Dato Dawee Chullasapya, die Kommunisten verfolgten den Plan, «die Zahl ihrer Mitglieder zu erhöhen und ihre Aktivität über ganz Malaysia und Thailand auszudehnen», und wenn es nicht gelingen sollte, den Kommunisten der Grenzregion das Handwerk zu legen, «so würde eine ebenso bedrohliche Situation entstehen wie in Südvietnam». Kurz darauf fand ein zusätzlicher Kredit von 45 Mio. Baht zur Abwehr der kommunistischen Infiltration in Nord- und Südthailand die Zustimmung des Parlaments. Premierminister Kittikachorn wies ebenfalls mit Nachdruck auf die kommunistische Infiltration und Subversion in jenen Gebieten hin, die bis vor kurzem noch von Unruhen frei waren, und erinnerte die Legislative daran, daß «Peking seine Absicht angekündigt habe, in Thailand einen Guerillakrieg nach dem Vorbild des Kriegs in Südvietnam auszulösen[12]».

Gegen Ende 1965 schienen sowohl die «Thailand Patriotic Front» als auch Chin Pengs Guerillas ihre Anstrengungen zu verdoppeln. Polizisten und andere Beamte wurden ermordet, die Bevölkerung wurde systematisch eingeschüchtert, Radio und andere Propagandamittel wurden in verstärktem Maße für gezielte Aktionen im Nordosten von Thailand eingesetzt, wie Generalmajor Pote Pekanand, Chef des thailändischen Criminal Investigation Department, Ende November mitteilte. Die Beschlagnahme von Waffen chinesischen und bulgarischen Ursprungs samt Munition und die Entdeckung eines geheimen terroristischen Lagers tief im Dschungel der thailändischen Provinz Ubon deutet auf den Beginn eines systematisch geführten Guerillakrieges hin, ähnlich der kommunistischen Infiltration anderswo in Südostasien. Im Süden von Thailand sollen, wie man erfährt, die Terroristen ihre Aktivität inzwischen auf größere Gebiete beidseitig der Grenze ausgedehnt haben, und

es soll sogar eine Verbindung zwischen den Kommunisten im Norden und denjenigen im Süden bestehen, die durch Agenten aufrechterhalten wird, welche zwischen beiden Unruhegebieten hin- und herreisen. Den Beweis dafür liefert unter anderem die identische kommunistische Literatur, die in preisgegebenen Lagern im Norden und im Süden gefunden wurde[13].

Wie der Einfluß Pekings auf einen Teil der thailändischen Chinesen zeigt, muß die Minderheit von 18 Millionen *Hua chiao* (Überseechinesen) in den verschiedenen Ländern dieses Gebiets als bedeutsamer Faktor des gegenwärtigen chinesisch-indonesischen Druckes auf Südostasien betrachtet werden. Dafür sind die Zustände in Sarawak, der ehemaligen britischen Kronkolonie, die am 16. September 1963 zusammen mit Nordborneo (Sabah), Singapore und Malaia die malaysische Föderation gründete, ein eindrücklicher Beweis. Unter den 250000 Chinesen in Sarawak (die rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen) haben die Günstlinge Pekings mit Hilfe der «Clandestine Communist Organization» (CCO) und ihrer wechselnden Verbündeten seit einigen Jahren die uralten komplizierten Verknüpfungen von ethnischem Stolz, politischen Ressentiments, von Verärgerung über die vermeintliche Benachteiligung der Minoritäten und des Strebens nach politischer Macht für ihre Zwecke auszunützen gewußt[14].

Pekings immer wieder angekündigte Opposition gegen das «neokolonialistische» Malaysia hat nicht nur bei den zahlreichen Chinesen in Sarawak Widerhall gefunden, von denen die Föderation in erster Linie als antikommunistische und infolgedessen gegen Peking eingestellte Organisation betrachtet wird, und nach deren Ansicht die Verfassung Malaysias von Ungerechtigkeiten und Restriktionen gegenüber den Bürgern chinesischer Abstammung nur so strotzt. Sie hat sogar eine Art zwangloser Allianz zwischen den militanten Chinesen einerseits und den indonesischen «Freiwilligen» und regulären Truppen anderseits ermöglicht, die nun gemeinsame Guerilla-Aktionen gegen die Regierung von Sarawak unternehmen. Mindestens tausend junge Sarawak-Chinesen haben in den letzten drei Jahren die Grenzen nach Indonesien überschritten, dort eine militärische Schulung erhalten und nach ihrer Rückkehr als Maraudeure und Saboteure gewirkt.

Gleichzeitig haben Gefolgsleute der praktisch vollständig von Chinesen und Kommunisten kontrollierten «Sarawak United Peoples Party» (SUPP) Hand in Hand mit den indonesischen Terroristen gearbeitet. Nach einem merklichen Anstieg der indonesischen Infiltrationsversuche, der Handgranatenexplosionen in Kuching, der CCO und indonesischen Angriffe auf Polizeiposten und auf abgelegene Dörfer im Jahre 1965, erklärte ein hoher Polizeibeamter in Sarawak im September des gleichen Jahres, diese Welle von Vorkommnissen sei dazu bestimmt, «eine bewaffnete Revolution im Staate Sarawak auszulösen mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen und durch ein kommunistisches Regime zu ersetzen[15]».

Wachsende Umsturzgefahr

Während der malaysische Staat Sabah bisher noch nicht unter kommunistischen Umsturzversuchen zu leiden hatte wie etwa Sarawak, darf die gegenwärtige Gefahr eines chinesisch-indonesischen Guerillakrieges keineswegs unterschätzt werden. Nicht allein ist Sabah in den vergangenen paar Monaten wiederholt von kleinen Gruppen indonesischer Guerillas heimgesucht worden, sondern der Premierminister berichtete bereits im Dezember 1963, daß eine große Zahl der 17000 indonesischen Immigranten, die als Landarbeiter in und rund um Tawau in Sabah ihr Brot verdienen, erwiesenermaßen Munition und Handgranaten aus ihrer Heimat zugeschickt bekommen. Die Gefahr einer chinesisch-indonesischen «Fünften Kolonne» in Sabah wird außerdem belegt durch die kürzliche Erklärung des «Residents» (District Commissioner), daß die chinesischen Bauern in der Gegend von Tawau den indonesischen Terroristen Hilfe in Form von Nahrungsmitteln und Kleidung gewähren[16].

Die politische Wühlarbeit in Malaysia zeigt sich, ganz abgesehen von den periodischen Überfällen indonesischer Maraudeure auf die malaiische Halbinsel, im Zusammenhang mit der «Konfrontations-Kampagne» Indonesiens gegen Malaysia, auch in Vorfällen wie etwa in der Auflösung von vier Sektionen der Labour-Partei durch Dekret der malaysischen Regierung im April 1965. Die Labour-Partei, eine kleine linksstehende Organisation, war Teil der kommunistisch infiltrierten, jetzt aufgelösten «Socialist Front» in Malaia. Die genannten vier Sektionen wurden aufgelöst, weil ihre Mitglieder Hand in Hand mit einer andern von «Indonesien unterstützten geheimen kommunistischen Organisation», der «Malayan Races Liberation League», zusammengearbeitet hatten. Die Regierung erklärte ferner, daß die vier verbotenen Sektionen in Malaia Leute angeworben und zwecks Ausbildung zu Guerillakämpfern nach Indonesien geschickt hätten[17]. Laufende Berichte über indonesische Spionageringe innerhalb des malaysischen Territoriums, die mit Hilfe malaiischer Dissidenten tätig sind, sowie von Versuchen malaysischer Oppositionsführer, eine von Indonesien unterstützte «malaiische Exilregierung» ins Leben zu rufen, zeigen mit aller Deutlichkeit, wie aktiv die indonesische Fünfte Kolonne in Malaysia ist.

Oppositions- und Rebellenführer, ob sie nun von Sabah, Sarawak oder Malaia kommen, haben in Djakarta stets freundliche Aufnahme gefunden. So wurde bereits 1963 den Vertretern des «Revolutionary Government of the Unitary State of North Kalimantan» in der Hauptstadt Indonesiens Asyl gewährt. Diese Organisation stand hinter dem erfolglosen Coup d'Etat, der von A. M. Azahari, einem indonesischen Armeeveteranen in Brunei, und den angrenzenden Gebieten von Sabah und Sarawak inszeniert wurde, mit dem Ziel, die Gründung der Föderation Malaysia zu verhindern. In den letzten Jahren haben Azaharis Guerillas, die sich «National Army of North Kalimantan»

nennen, oft mit CCO-Aktivisten und indonesischen Soldaten in gemeinsamen terroristischen Unternehmen in Sarawak zusammengearbeitet.

Im Juni 1965 eröffnete die «Malayan National Liberation League» in Djakarta ihr Hauptquartier (sie unterhält auch in London ein Bureau), und ihr Manifest, das als Hauptpunkte die Vernichtung der neokolonialistischen malaysischen Föderation, die Erreichung einer echten Unabhängigkeit des Staates Malaia auf der Basis einer «nationalen und demokratischen» Koalitionsregierung, gleiche Rechte für alle rassischen Bevölkerungsgruppen und tatkräftige Hilfe an die Kämpfer für die nationale Freiheit in Nordborneo enthielt, wurde in der Presse sowohl von Peking als auch von Djakarta an hervorragender Stelle veröffentlicht[18].

Große Anziehungskraft Pekings

Pekings Anziehungskraft auf einen großen Teil der malaysischen Chinesen, die stolz auf ihre kulturelle Tradition und zudem von politischem Ehrgeiz besessen sind, muß als wesentlicher Faktor bei der Bewertung der zahlreichen Gründe für Singapores Austritt aus der malaysischen Föderation am 9. August 1965 betrachtet werden. Ein entscheidender Punkt, der für den Austritt sprach und in ganz Indonesien als Signal für den bevorstehenden Zusammenbruch der Föderation betrachtet wurde, war der wachsende Antagonismus gegen Lee Kuan Yew, den Premierminister von Singapore, in den militant nationalistischen Kreisen der Partei des Tunku Abdul Rahman, des Premierministers von Malaysia. Diese Demonstration eines malaiischen Extremismus samt seinen traditionellen, stark antichinesisch gefärbten Folgerungen, die durch Lees Ehrgeiz, eine entscheidende Rolle in der Politik der malaiischen Staaten zu spielen, noch verstärkt wurde, war der großen, nach Peking orientierten und chauvinistischen chinesischen Partei in Singapore und infolgedessen auch der Regierung in Peking höchst willkommen.

Seit Erreichung der Unabhängigkeit hat Singapore auch sein Interesse angekündigt, eine unabhängige Politik zu verfolgen, sowie den Wunsch, mit Indonesien und Rotchina Handelsbeziehungen anzuknüpfen und die schon bestehenden zu festigen, während die Regierung gleichzeitig betont, daß sie ihre militärischen Beziehungen zu Großbritannien einer gründlichen Revision zu unterziehen gedenke und die militärischen Anlagen in Singapore nicht etwa den USA als Nachfolgern der Briten zur Verfügung zu stellen beabsichtige. Auch wird die Regierung Premierminister Lees vermutlich ihrem stärksten Gegner, der nach Peking orientierten antimalaysischen *Barisan-Sosialis*-Partei in Singapore, wahrscheinlich mehr Rechte einräumen müssen. In der Zwischenzeit wird sich erweisen, ob der Druck der indonesischen «Konfrontation» gegen das unabhängige Singapore in gleichem Maße anhält wie gegen die übrigen malaysischen Gebiete.

Am 26. August 1965 verhaftete die Regierung in Singapore zwanzig kommunistische Führer, unter ihnen auch den Leiter der «Singapore People's Revolutionary Party», der nach einer offiziellen Verlautbarung chiffrierte indonesische Instruktionen auf sich trug, welche den Schmuggel einer Schiffsladung von Waffen aus Indonesien nach Singapore betrafen. Berichte, laut welchen die gleiche Organisation erwiesenermaßen ihre Direktiven aus Indonesien erhielt und einen Plan zur Ermordung der führenden Männer der Regierung von Singapore, einschließlich Premierminister Lees, ausgearbeitet hatte, deuten darauf hin, daß Singapores Austritt aus der malaysischen Föderation Djakartas Subversionskampagne keineswegs gemildert hat.

Selbst in dem kleinen Sultanat Brunei in Nordwestborneo mit seinen reichen Ölvorkommen ist der chinesisch-indonesische Druck spürbar und die Gefahr der Subversion offenkundig. Brunei entschloß sich, wie wir uns erinnern, im letzten Augenblick, der malaysischen Föderation nicht beizutreten, sondern seinen Status eines britischen Protektorats beizubehalten. Nach Azaharis früher erwähntem Aufstand im Dezember 1962 traten seine geschlagenen Guerillakämpfer dem Kader der kommunistischen Untergrundbewegung bei. Im November 1963 nahmen die chinesischen Kommunisten in Brunei erwiesenermaßen Beziehungen mit der CCO in Sarawak auf, und ein bruneischer Chinese, der wegen illegaler kommunistischer Tätigkeit verhaftet wurde, war sogar in einer Druckerei in der Stadt Brunei tätig, die früher Azahari persönlich gehört hatte. Im Februar 1965 deckten die bruneischen Sicherheitsbehörden zwei neue subversive Organisationen im Sultanat auf, von denen die eine als die wiederbelebte, aus Azaharis Guerillakämpfern gebildete «National Army of North Kalimantan» bezeichnet wurde, die unter dem neuen Namen *Pasokan Perjuangan Kalimantan Utara* oder «North Kalimantan Struggle Group» segelt und von Indonesien Unterstützung erhält, während die andere sich aus jungen Sarawak-Chinesen mit kommunistischen Neigungen zusammensetzt und sich «Advanced Youths Party» nennt, der die Malaien in Brunei aber bezeichnenderweise den Namen *Partai Communis China* gegeben haben[19]. Beide Organisationen sind von der bruneischen Regierung «im Hinblick auf die indonesischen Umsturzversuche» verboten worden, doch macht es ganz den Anschein, als würden Brunei und auch Malaysisch-Borneo auch weiterhin dem Druck neuer Organisationen ähnlicher Art ausgesetzt sein.

Der Druck auf die Philippinen

Dort, wo eine einflußreiche chinesische Minorität entweder fehlt oder dann politisch neutralisiert worden ist, hat Djakarta in letzter Zeit nicht gezögert, selber die Initiative zu ergreifen, wie der Fall der Philippinen zeigt. Ähnlich wie Thailand werden auch die Philippinen sowohl im Süden wie auch im

Norden durch subversive Aktionen bedrängt, auf den südlichen philippinischen Inseln von der illegalen Gruppe indonesischer Einwanderer, im Norden von den aufständischen Huk-Guerillas samt ihren kommunistischen und von Indonesien gelenkten, antiamerikanischen Verbündeten in Manila. Die Inselketten, welche die Philippinen von Indonesien trennen, sind seit langem eine Art von Niemandsland, und im Laufe der Jahre sind Tausende von Indonesiern, durch die schlechte wirtschaftliche Lage ihrer Heimat gezwungen, illegal nach den Philippinen ausgewandert, trotz verschiedener philippinisch-indonesischer Abkommen über eine verschärfte Grenzkontrolle.

Die Zahl der Immigranten wird gegenwärtig auf zwölf- bis sechzehntausend Personen geschätzt, die sich zur Hauptsache auf den Inseln von Balut und Sarangani, auf den Tawi-Tawi- und Sibutu-Inseln des Sulu-Archipels und in den Provinzen Davao und Cotabato niedergelassen haben, wo praktisch alle größeren Küstenstädte eine starke indonesische Minderheit aufweisen[20]. Viele Einwanderer sind Gelegenheitsarbeiter, die oft unter dem philippinischen Minimaltarif zu arbeiten bereit sind; andere verdienen sich ihr Brot als Kopra-Schmuggler, und einige haben es bereits auch schon zu eigenem Grundbesitz gebracht. Heiraten zwischen Indonesiern und philippinischen Mädchen sind häufig. Im Verlauf des Jahres 1965 äußerten verschiedene hohe philippinische Beamte, wie zum Beispiel der Generalstabschef der Armee, Alfredo Santos, und Präsident Diosdada Macpagal sowie ein aus Mitgliedern verschiedener Parteien gebildetes Untersuchungskomitee des Kongresses, ihre Beunruhigung über die Gefahr einer «indonesischen Fünften Kolonne».

Nach der Ursache für diese Beunruhigung muß nicht weit gesucht werden. Der philippinische Senator Rodolfo Ganzon äußerte sich darüber in den folgenden Worten[21]:

> Die Reihe öffentlicher Verhandlungen und geheimer Besprechungen des Arbeits- und Immigrations-Komitees des Senats, dem anzugehören ich die Ehre habe, deckte erschreckende Tatsachen über die Infiltration und die Wühlarbeit der Indonesier auf Mindanao auf, von denen viele überzeugte Kommunisten sind. Während des Besuchs von Präsident Sukarno auf den entlegenen Inseln Sanguir, Las Palmas, Karakeland und Talud zwischen Celebes und Mindanao zum Beispiel schwenkten die Einwohner kommunistische Fahnen mit dem bekannten Emblem Sichel und Hammer. Auf der Insel Karakelang bei Davao hat die PKI eine Schule für indonesische kommunistische Konvertiten eingerichtet, wo diese in der Taktik der Infiltration, der Propaganda, des geheimen Nachrichtendienstes und der Handhabung der verschiedenen Arten von militärischen Waffen unterrichtet werden.

Besorgnis über die Intensivierung der antimalaysischen «Konfrontation» Djakartas und — bis zum 30. September 1965 — auch über den wachsenden Einfluß der PKI auf dem indonesischen Schauplatz hatten zur Folge, daß Ereignisse wie die kürzliche Verhaftung eines indonesischen Spions in Mindanao, der sich als Offizier der indonesischen Luftwaffe bezeichnete, als illegaler Immigrant ins Land kam und laut einer Mitteilung des philippinischen

Verteidigungsministeriums gestanden haben soll, daß Indonesien die südlichen philippinischen Inseln bis zum Jahre 1970 zu annektieren plane, übertriebene Angst auslösten.

Die Präsenz der USA

Bereits im Oktober 1964 veranlaßte die philippinische Beunruhigung über den expansionistischen Druck Indonesiens an ihrer nördlichen Grenze die USA in aller Stille zu der Warnung gegenüber Indonesien, daß ein Angriff auf die Philippinen als Angriff auf Amerika betrachtet würde. Trotz der wachsenden Verärgerung in manchen Gebieten der Philippinen über den gegenseitigen Verteidigungspakt mit den Amerikanern und über die Anwesenheit amerikanischer Truppen im Lande, sind die USA am eiligen Aufbau eines Verteidigungssystems stark mitbeteiligt, vor allem auch bei der Einrichtung leistungsfähiger Luft- und Flottenstützpunkte in den südlichen Philippinen. Gleichzeitig hat die philippinische Regierung auch das Problem der indonesischen Immigranten energischer anzupacken begonnen. Schon im April 1965 bestanden fertige Pläne, rund 12000 illegal eingewanderte Indonesier aus dem südlichen Territorium zu repatriieren, und zwar mit philippinischen Schiffen[22]. Bis Ende 1965 war allerdings erst ein ganz bescheidener Anfang mit dem Repatriierungsprojekt gemacht.

Die illegalen indonesischen Immigranten stellen aber nur einen Teil der Gefahr dar, die den Philippinen droht. Als auf lange Sicht vielleicht noch gefährlicher wird sich die indonesische Wühlarbeit unter der unzufriedenen philippinischen Bevölkerung in den Städten erweisen, besonders unter den Studenten und unter den Arbeitern in Manila, jenen Bevölkerungsschichten, die sich aktiv gegen die amerikanische Finanzhilfe und gegen die amerikanischen Militärbasen im Lande auflehnen. Bereits am 3. Oktober 1964 erklärte der Direktor des philippinischen «National Bureau of Investigation», José Lukban, daß er Beweise dafür besitze, daß eine kürzliche Demonstration der Bevölkerung gegen die Amerikaner in Manila auf Initiative indonesischer Kommunisten ausgelöst worden sei. Die indonesische Regierung leugnete, daß ihre Landsleute in irgend einer Weise an der Demonstration beteiligt gewesen seien; doch der philippinische Nachrichtendienst erklärte, daß die acht antiamerikanischen Demonstrationen der letzten zwei Jahre alle unter der radikalen Führung der «Philippine-Indonesian Friendship Association» gestanden hätten. Zumindest einer der Führer sei schon früher unter Verdacht gestanden, PKI-Dokumente nach den Philippinen geschmuggelt zu haben.

Im Laufe des Jahres 1965 lenkten die philippinischen Gesetzgeber die Aufmerksamkeit wiederholt auf die Gefahr einer indonesischen Infiltration der philippinischen Presse und der finanziellen Unterstützung einer Anzahl von Anwärtern auf höhere Ämter im philippinischen Staat. Es ist bestimmt

kein Zufall, daß diese bedrohliche Entwicklung mit den Unruhen der kommunistischen Huks zusammenfällt und begleitet ist von massiven terroristischen Angriffen auf philippinische Beamte und auch von Einschüchterungsversuchen gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung in den zentralen Provinzen von Luzon wie etwa Pampanga, Tarlac und Nueva Ecija, die der philippinischen Regierung wachsende Besorgnis bereiten. Bemerkenswert ist auch, daß bereits zur Zeit der Verhaftung von Jesus Lava, dem Sekretär der verbotenen Kommunistischen Partei der Philippinen, im Mai 1964 von der philippinischen Polizei sichergestellte Dokumente darauf hindeuteten, daß die Huks über einen Abhörposten auf der philippinischen Insel Mindoro südlich von Luzon verfügten, der die Verbindung zu den indonesischen Kommunisten herstellte[23].

Antiamerikanismus als Hauptwaffe

Der indonesische Druck — auch wenn er als Folge des mißglückten Coup d'Etat der Kommunistischen Partei Indonesiens am 30. September 1965 aller Voraussicht nach nachlassen wird — hat der Kommunistischen Partei der Philippinen neuen Auftrieb verliehen. Ein amerikanischer Reporter, der sich in den frühen fünfziger Jahren den aufständischen Huks anschloß, hat festgestellt, daß die hauptsächliche Ursache für die Niederlage der Huks darin zu sehen ist, daß es ihnen nicht gelang, «eine breite, einige Front nationalen Charakters» aufzubauen, und daß sie sich nicht in jene Phase der «Auseinandersetzung einschalteten, die rechtsgültige Möglichkeiten zum Umsturz bot», und dafür ihre Kräfte auf einen relativ beschränkten bewaffneten Aufstand konzentrierten[24].

Die heutigen philippinischen Kommunisten haben einiges gelernt: Kürzliche Interviews mit Parteiführern deuten darauf hin, daß die philippinische Kommunistische Partei sich in einer «Phase rechtlicher Auseinandersetzungen» befindet und laut Aussage eines ihrer Wortführer eine Stufe erreicht hat, in welcher sie sich mit «einer breiten antiimperialistischen nationalen Front identifiziert, welche Arbeiter, Bauern, Studenten, Intellektuelle und die aufstrebende industrielle Bourgeoisie der Philippinen vereinigt», die dem «amerikanischen Imperialismus» den Kampf angesagt haben[25]. Die neue Taktik wird anschaulich illustriert durch Artikel in Zeitschriften wie der *Progressive Review*, in der führende philippinische Gelehrte und Intellektuelle literarische Beiträge veröffentlichen und in denen in den Leitartikeln geschickt kaschierte antiamerikanische Gefühle in maoistischer Terminologie geäußert werden.

Das will nicht heißen, daß die Empörung der philippinischen Bevölkerung über die wirtschaftliche Bevorzugung der USA in ihrem Lande nicht berechtigt wäre, oder daß jede Opposition gegen solche Privilegien unbedingt kommunistisch gefärbt sein müsse. Es soll vielmehr heißen, daß der Nationalismus

und gewisse Ressentiments gegenüber den Vereinigten Staaten, so berechtigt sie auch sein mögen, zu den hauptsächlichsten Kampfmitteln der Kommunisten gehören, und daß die neue «United National Front» der philippinischen Kommunisten sie taktisch in jeder Beziehung ausnützt. Inzwischen setzen die Huks ihre periodischen Angriffe im Innern von Luzon systematisch fort. Die Huks, obgleich klein an Zahl, sind dank ihres kriegerischen Geistes zu einem bedeutsamen politischen Faktor in manchen Gebieten geworden, indem Politiker, die auf einen Sitz im Kongreß aspirieren, um ihre Gunst werben[26].

Der Zusammenbruch der indonesischen Kommunistischen Partei und die Zerstörungen, die von aufgebrachten antikommunistischen Indonesiern am Eigentum chinesischer Nationalisten in verschiedenen indonesischen Städten angerichtet wurden, nachdem der Coup d'Etat vom 30. September 1965 mißlang, hat zu neuen und sehr ernsten Spannungen zwischen Djakarta und Peking geführt. Außerdem hat Peking, wie allgemein bekannt ist, kürzlich ernsthafte diplomatische Niederlagen in Afrika und andern Gebieten der «Dritten Welt» erlitten. Alle diese Faktoren könnten auf eine Flaute hinsichtlich des chinesisch-indonesischen Druckes und der Subversionsversuche in Südostasien hindeuten. Diese Flaute ist aber aller Voraussicht nach nur vorübergehender Natur. Auf lange Sicht drängt Rotchina mit seiner Bevölkerungsexplosion politisch bestimmt in erster Linie nach Südosten, in Richtung auf die schwächeren südostasiatischen Länder.

Pekings Werben um die soziale und wirtschaftliche Elite der Überseechinesen in Südostasien hat in keiner Hinsicht nachgelassen, und auch die indonesische «Konfrontation» gegenüber Malaysia mit ihren Guerilla-Angriffen in Sarawak und in Nordmalaia oder der von Peking unterstützte Terrorismus der «Thailand Patriotic Front» haben keineswegs aufgehört. Letzten Endes werden vielleicht die indonesischen und rotchinesischen expansionistischen Aspirationen in Südostasien kollidieren oder sonstwie in einen ausweglosen Konflikt münden, ganz abgesehen vom früher genannten Bruch zwischen den beiden Ländern angesichts der kürzlichen Niederlagen der indonesischen Kommunistischen Partei. Anderseits ist auch die Möglichkeit einer informellen Teilung der Einflußsphären zwischen den beiden Mächten in Südostasien nicht ganz von der Hand zu weisen, indem Indonesien Malaysia und vielleicht auch die Philippinen für sich beanspruchen könnte, während Peking das südostasiatische Festland als sein Einflußgebiet betrachten würde.

Etwa anfangs Mai 1966 schien sich eine inoffizielle Aufteilung der Interessensphären tatsächlich anzubahnen. Trotz wiederholten Versicherungen von seiten des neuen indonesischen Außenministers Adam Malik, wonach er eine friedliche Lösung des malaysischen Konfrontationsproblems erhoffe, wurden jedoch die von den kommunistisch orientierten Chinesen unterstützten indonesischen Übergriffe im östlichen Malaysia, ganz besonders aber im Staate Sarawak, weitergeführt. Beispielsweise gab es während der Monate

Februar und März 1966 verschiedentlich heftige Zusammenstösse zwischen indonesischen Truppen und malaysischen Sicherheitskräften innerhalb der Grenzen von Sarawak, was zu einer neuen Verhaftungswelle gegen die chinesischen Kommunisten führte[27]. Chinesische Jugendliche aus Sarawak begannen gleichzeitig die Grenze nach Indonesien zu überschreiten, wo sie sich für den späteren Guerillakrieg in ihrem eigenen Lande vorbereiten ließen[28]. Angesichts der ständigen Unsicherheit in Indonesien muß Djakarta seine Konfrontationspolitik sehr wahrscheinlich weiterführen, denn nur auf diese Weise sind wohl die neuen militärischen Machthaber in Indonesien in der Lage, ihre relative Stärke beizubehalten und die Anordnung von «Notstandsmaßnahmen» zu rechtfertigen.

Anderseits scheint es, daß sich die entlang der thailändisch-malaysischen Grenze operierenden Guerillatruppen mehr und mehr nach Peking hin orientieren; der Einfluß und die Unterstützung Indonesiens dürften im Augenblick sehr gering sein, wenn auch gewisse Beziehungen aufrechterhalten werden. Wie angedeutet, behält Peking seine Beschützerrolle gegenüber der «Thailand Patriotic Front» bei, und deren Organe fahren fort, den kommunistischen Pathet Lao in Laos sowie die neue Bewegung der antiamerikanischen Studentenopposition, verbunden mit den Huk-Aufständen auf den Philippinen, über alle Maßen zu loben. Indem Peking nun für solche Aufstandsbewegungen Stimmung macht, versucht es mit Hilfe von Organisationen wie zum Beispiel der Afro-Asiatischen Journalisten-Vereinigung (AAJA) zum Ziel zu kommen. Die AAJA war ursprünglich in Djakarta etabliert, wurde aber im September 1965, nach dem mißlungenen kommunistischen Coup in Indonesien, nach Peking verlegt. Im April 1966 sprach sich die Generalversammlung der AAJA in Peking zugunsten einer totalen Unterstützung der vom kommunistischen China formulierten politischen Positionen in Vietnam, Malaia, Kambodscha, Ceylon und im übrigen Asien aus[29]. Doch könnte diese «Arbeitsteilung» zwischen Indonesien und dem kommunistischen China — wie bereits angedeutet — eine Kollision der politischen Interessen mit sich bringen. So beherbergt heute Peking Vertreter der «Malayan National Liberation League», des organisatorischen Zentrums der malaiischen kommunistischen Aufrührer im Exil, und die chinesischen kommunistischen Parteiführer haben wiederholt ihre Unterstützung der Liga bekräftigt. Die Liga hatte, wie bereits erwähnt, ihr Hauptquartier ursprünglich in Djakarta. Nach dem Coup vom September 1965 verlegten die Führer dieser Organisation ihren Wohnsitz jedoch nach Peking. Djakarta reagierte darauf mit der Gründung einer eigenen malaiischen Regierung «im Exil», die nun so etwas wie ein Konkurrenzunternehmen der Liga in Peking darstellt. Am 6. April 1966 zum Beispiel, lud der selbsternannte «Oberste Repräsentant» der sogenannten Revolutionsregierung von Nordkalimantan, Borneo, mit dem offensichtlichen Einverständnis der zuständigen Behörden in Djakarta zu einer Pressekonferenz ein. Er sagte, daß der Kampf

gegen die «neokolonialistische» Malaysische Föderation mit neuer Intensität aufgenommen werden müsse, und behauptete, daß achtzig Prozent von Nordborneo bereits in der Hand der Freiheitskämpfer wären[30]. Es ist schwer zu sagen, welche Wirkung der vereinigte Druck der «Liga» und der «Exilregierung» in Djakarta auf die «North Kalimantan Revolutionary Government» in Zukunft haben wird. Auf jeden Fall werden Peking und Djakarta, ob gemeinsam oder getrennt, fortfahren, in den kommenden Monaten Entscheidendes zur politischen Entwicklung in Südostasien beizutragen.

[1] The Straits Times (Singapore und Kuala Lumpur), 16. Januar 1965. [2] Ibid., 14. Oktober 1963 und 8. März 1965. [3] Siehe J. M. Van der Kroef, «The Sino-Indonesian Partnership», Orbis (Foreign Policy Research Institute, University of Pennsylvania), Vol. 8, 1964, S. 332 bis 356, und «Indonesian Communism's Expansionist Role in Southeast Asia», International Journal (Canadian Institute of International Affairs), Bd. 20 (1965), S. 189—205. [4] Denis Warner, «Thailand: Peking's New Front», The Reporter, (New York), 17. Juni 1965, S. 34. [5] Peking Review, 12. Februar 1965, S. 25, und Vietnam Courier (Hanoi), 4. Februar 1965, Nr. 19. [6] New York Times, 10. Juli 1965. [7] Siehe Depesche von Karstan Prager in The Straits Times, 30. Januar 1965. Als Beispiel der rotchinesischen Werbekampagne um die Buddhisten in Südostasien siehe Bhikku Amritananda, Buddhist Activities in Socialist Countries (Peking, New World Press, 1961). Über Peking und den Buddhismus siehe auch King Chen, «Peking's Strategy in Indochina», The Yale Review, Bd. 54, 1965, S. 563. [8] Warren Unna, «Why the border bandits worry Thailand», The Straits Times, 26. März 1965. [9] Bangkok Post, 17. Mai 1964; Sabah Times (Jesselton), 21. Dezember 1963 und 20. Mai 1964; Far Eastern Economic Review (Hong Kong), 13. August 1964, S. 275. [10] Siehe Weißbuch der malaysischen Regierung, Indonesian Intentions Towards Malaysia (Kuala Lumpur, Thor Baeng Chong, 1964), S. 3—18, 22, 26, und The Straits Times, 16. März 1965. [11] The Sunday Times (Singapore), 17. November 1963. [12] Sabah Times, 1. Mai und 5. Oktober 1964; The Straits Times, 28. Januar, 13. Februar, 3., 11., 15., 22. und 26. März 1965. [13] The New York Times, 27. November und 15. Dezember 1965. [14] Genauere Angaben in J. M. Van der Kroef, «Communism and Chinese Communalism in Sarawak», The China Quarterly, Nr. 20, Oktober—Dezember 1964, S. 38—66, und Sarawak Information Service, The Danger Within. A History of the Clandestine Communist Organization in Sarawak (Kuching 1963). [15] The Sunday Tribune (Kuching), 12. September 1965. [16] Sabah Times, 5. Dezember 1963 und 18. November 1964. [17] The Straits Times, 2. April 1965. [18] Peking Review, 2. Juli 1965, S. 18—20; Djakarta Daily Mail, 3. Juni 1965. [19] Malayan Times, 20. November 1963, und The Straits Times, 23. Februar 1965. [20] Filemon V. Tutay, «The Indonesian Problem», Philippines Free Press (Manila), 27. Februar 1965, S. 4, 78, 80, 82. [21] Senator Rodolfo Ganzon, «Indonesia and the Philippines», Philippines Free Press, 3. April 1965, S. 60. [22] The Manila Chronicle, 9. April 1965; The New York Times, 9. Oktober 1964 und 8., 9. Januar 1965; The Straits Times, 9., 13. Februar 1965. [23] Sunday Times (Manila), 4. Oktober 1964; U.S. News and World Report, 14. Juni 1965, S. 68; The Straits Times, 27. März und 23. April 1965, S. 3, und 27. Juli 1965, S. 2. [24] William J. Pomeroy, Guerilla and Counter-Guerilla Warfare. Liberation and Suppression in the Present Period. (New York, International Publishers, 1964), S. 67. [25] Jorge Maravilla, «Upsurge of the Anti-Imperialist Movement in the Philippines», World Marxist Review, Bd. 8, November 1965, Nr. 11, S. 40; The New York Times, 23. November 1965. [26] F. V. Tutay, «By Huk or by Crook», Philippines Free Press, 6. November 1965, S. 10 und 16. [27] The Sarawak Tribune (Kuching), 17. und 19. Februar 1966; The Straits Times, 9. März 1966. [28] The Straits Times, 23. März 1966. [29] Cf. Peking Review, 29. April 1966, S. 12—15, 24. [30] Antara News Despatch, Djakarta, 6. April 1966.